

Gemeinsame Erklärung
der Bayerischen Staatsregierung und
des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
als Grundlage für die weiteren Gespräche

- Die Bayerische Staatsregierung und das Bundesumweltministerium stimmen darin überein, dass die Rückführung der 26 Behälter mit verglasten Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im europäischen Ausland eine gesamtstaatliche Aufgabe darstellt, bei der auch Bayern bereit ist, Mitverantwortung zu übernehmen. Die aus Frankreich kommenden Castoren sollen in Philippsburg, die aus Großbritannien kommenden Castoren sollen mit drei Transporten zurückgeholt und gleichmäßig - je sieben - auf die Standorte Biblis, Brokdorf und Isar verteilt werden. Nach den gemeinsamen Eckpunkten des Bundesumweltministeriums und der EVU vom 19. Juni 2015 sollen jetzt Festlegungen - auch zu Standortaspekten - nach Prüfung des vom Bundesumweltministerium vorgelegten Konzepts für die Rückführung durch die EVU in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erfolgen. Das Bundesumweltministerium wird sich im Interesse einer möglichst breiten Akzeptanz um eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Ländern und Standortgemeinden bemühen.
- Unbeschadet der bereits realisierten temporären Maßnahmen, die den erforderlichen Schutz gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter gewährleisten, wird das Bundesumweltministerium dafür Sorge tragen, dass die atomrechtlichen Genehmigungen für die sogenannte „Härtung“ der für die Aufbewahrung von verglasten Abfällen ausgewählten Standortzwischenlager vor Beginn einer Einlagerung von Behältern mit verglasten Abfällen erteilt werden. Die Genehmigung für das Standortzwischenlager Isar soll im kommenden Winter erteilt werden.

- Das Bundesumweltministerium bekräftigt, dass die erforderlichen Genehmigungen für die Entsorgung der bestrahlten Brennelemente aus den Kernkraftwerken baldmöglichst erteilt werden sollen. Das Bundesumweltministerium wird sich dafür einsetzen, dass die beantragte Änderungsgenehmigung für die Aufbewahrung der bestrahlten Brennelemente des Kernkraftwerks Isar 1 im Standortzwischenlager bis Mitte 2016 erteilt wird. Dadurch wird sichergestellt, dass eine Einlagerung von verglasten Wiederaufarbeitungsabfällen die Entladung der abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Isar 1 nicht verzögert. Die Bayerische Staatsregierung und das Bundesumweltministerium sind sich einig, dass auch für die Castoren mit radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung ein Abtransport in ein Endlager möglich sein muss. Ein entsprechendes Konzept wird Teil des Genehmigungsverfahrens sein.
- Die Bayerische Staatsregierung und das Bundesumweltministerium stimmen in dem Ziel überein, dass die im Standortauswahlgesetz vorgesehenen zeitlichen Planungen für die Bereitstellung des Endlagers für insbesondere wärmeentwickelnde Abfälle eingehalten werden. Dazu gehört auch, dass die nach § 3 Standortauswahlgesetzes eingerichtete Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe, in der auch Bayern vertreten ist, ihre Arbeiten konsequent und erfolgreich im Juni 2016 abschließt. Das Bundesumweltministerium wird die im Rahmen seiner Zuständigkeiten mögliche Unterstützung leisten, damit das im Standortauswahlgesetz vorgesehene Gesetz zur Festlegung der Entscheidungsgrundlagen des Auswahlverfahrens noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Mit dem zügigen Beginn des Auswahlverfahrens – ohne Vorfestlegung auf einen Endlagerstandort und ohne Ausschluss eines Standortes - kann sichergestellt werden, dass mit der Räumung der Standortzwischenlager vor Ablauf der bestehenden Aufbewahrungsgenehmigungen begonnen wird.

- Das Bundesumweltministerium wird sich weiter dafür einsetzen, dass die für die Entsorgung des Forschungsreaktors München II erforderlichen Genehmigungen, insbesondere die verkehrsrechtliche Zulassung des Behälters sowie die erforderliche Änderung der Aufbewahrungsgenehmigung für das Transportbehälterlager Ahaus zeitgerecht erteilt werden.

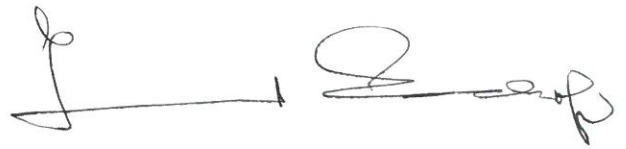
München, den 4. Dezember 2015

Für das Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit



Dr. Barbara Hendricks, MdB
*Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit*

Für die Bayerische Staatsregierung



Horst Seehofer, MdL
Bayerischer Ministerpräsident